Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 162. | Dresden, Montag den 17. Juli 1911. | 22. Jahrg.

Montenegro und die Orientfrage.

Montenegro hat jetzt über Krieg und Frieden in der Türkei und dadurch in ganz Europa zu entscheiden. Denn es ist eine Tatsache, daß die Malissoren von einer starken Armee eingekreist sind und sich ergeben müssen, wenn Montenegro sie nicht aufnimmt; und es ist eine weitere Tatsache, daß Montenegro sich nicht mehr darauf beschränken kann, die Aufständischen durch Geld, Munition und Offiziere als Anführer zu unterstützen, sondern offen in den Krieg schreiten muß, wenn es sein Spiel nicht verloren geben will.

Zieht sich Montenegro zurück, so wird eine Beruhigung eintreten. Die Versuche, den Aufstand zu verallgemeinern, sind ja bis jetzt — wie das bei der Verschiedenheit der sozialen Interessen der albanischen Bevölkerung nicht anders zu erwarten war — gescheitert. Wenn nun jetzt die Malissoren vor der Masse der zentralisierten Armeemacht weichen müssen, so ist offenbar an eine Erneuerung des Aufstandes an anderen Orten für die nächste Zeit nicht zu denken.

Ob nun, wenn Montenegro kriegerische Operationen unternimmt, es sich auf eine Erweiterung des albanischen Aufstandes wird stützen können, ist wieder eine Frage für sich. Es rechnet offenbar damit. Sicheren Nachrichten zufolge sind die christlichen Stämme Albaniens reichlich mit Waffen versehen worden. Nur bei den Miridіten soll es noch an Waffen und Munition mangeln. Aber es kommen, außer den Waffen, noch moralische Faktoren in Betracht. In dem Moment, wo Montenegro in den Krieg zieht, kämpfen die Albaner offenbar nicht mehr für sich, sondern für den Zaren Nikita. Das ändert die Situation. Auch wird Zar Nikita seine Karten aufdecken müssen. Sicher handelt es sich für ihn nicht um die albanischen Schulen und nicht um die albanische Freiheit. Hätte er Bildungsarbeit leisten wollen, so hätte er im eigenen Lande genug zu tun; und ein Freund der Selbstverwaltung des Volkes ist dieser Despot mit seinem tyrannischen Regime sicher nicht. Er will Land annektieren. Was die montenegrinischen Bauern bis jetzt regelmäßig im kleinen betrieben, indem sie die Grenzzeichen ihrer nachbarlichen Besitzungen auf türkischem Terrain entfernten und sich das Land aneigneten, das will der Zar im großen machen. Dies ist aber keineswegs ein Ziel, für das sich die Albaner begeistern könnten. Andererseits würde der Krieg die muselmanischen Albaner aufreizen und so allerdings die inneren Trubel vermehren.

Im Jemen, wo die Aufständischen es jetzt der Sonne und dem Fieber überlassen, mörderische Arbeit zu leisten, während sie selbst nur kleinere Abteilungen, die sich unvorsichtigerweise von der strategischen Base entfernen, überfallen, würde der Krieg mit Montenegro zweifellos neue Angriffskräfte der Aufständischen auslösen.

Ebenso müßte man sich auf Kämpfe in Armenien gefaßt machen. Die Armenier genossen einen gewissen Schutz unter dem neuen Regime. Wie wenig beneidenswert bei alledem die Lage der armenischen Bevölkerung geblieben ist, ergibt sich aus der Bescheidenheit der Forderungen, die sie für die nächste Zeit aufstellen. Das sind nämlich folgende: 1. Zurückgabe der Ländereien und sonstigen Immobilien, die den armenischen Bauern durch ein Häufchen Dere-begs geraubt wurden, 2. Schutz gegen Mord, Gewalttätigkeiten, Ueberfälle, 3. Unterdrückung der Willkür der Dere-begs und der Kontributionen, die sie eigenmächtig der Bevölkerung auflegen, 4. Es soll ein Ende gelegt werden dem Raub armenischer Frauen und Mädchen (es sind allein seit der Erklärung der Konstitution 50 solcher Fälle bekannt geworden).

Die Dere-begs benutzen aber die inneren Trubel, die Schwäche und die Unentschlossenheit der Regierung, um zu neuen Gewalttätigkeiten zu schreiten. Sie werden dabei von Rußland geschützt und gestützt. Sie organisieren sich und bereiten Massenmassakers vor, auf die man sich, im Falle eines Krieges mit Montenegro, unbedingt gefaßt machen muß. Wie in Albanien Montenegro und durch dessen Vermittlung Rußland, so arbeitet dasselbe Rußland in Armenien auf ein Blutbad ein, das dessen Intervention zu rechtfertigen hätte.

In Mazedonien war bis jetzt die vom Korrespondenten der Times schon im vorigen Herbst avisierte große Bandenbewegung ausgeblieben. Die Versuche Tschernojeffs und anderer, den Guerillakrieg zu entfesseln, führten nicht zum Ziele. Der Krieg mit Montenegro dürfte auch die Situation verändern, neue Hoffnungen und neue Möglichkeiten eröffnen. Dies um so mehr, als die Bauernbevölkerung bereits wieder ganz unter die Macht der Gutsherren geraten ist und großes Elend zu ertragen hat. Mit Mazedonien treten aber auch Serbien und Bulgarien in Aktion.

In der arabischen Frage ist England in erster Linie interessiert, in der armenischen — Rußland; bei alledem werden hier wie dort auch die anderen imperialistischen Mächte in ihren Interessenkreisen berührt; die mazedonische Frage ist aber längst zu einer europäischen Frage geworden. Tatsächlich wird auch mit Mazedonien die Frage der Existenz der Türkei entschieden. Es ist überdies nach der ganzen Lage der Dinge klar, daß Serbien sowohl wie Bulgarien weder eine Erstarkung der Türkei auf Kosten Montenegros, noch eine solche von Montenegro auf Kosten der Türkei zulassen werden, daß sie vielmehr ihrerseits mit kriegerischer Gewalt in die Angelegenheit einzugreifen suchen werden.

So würde denn durch einen Krieg zwischen Montenegro und der Türkei die Orientfrage in ihrer ganzen Tragweite aufgerollt werden und die Großmächte — ob sie wollen oder nicht — werden in den Krieg mit hineingezogen werden.

* * *

Konstantinopel, 16. Juli. Die Regierung hat die Einberufung aller mohammedanischen und nichtmohammedanischen Reservisten bis zum 45. Lebensjahre angeordnet und läßt Listen der noch älteren Jahrgänge ausstellen. Die Bevölkerung legt demgegenüber eine ablehnende Haltung an den Tag, da die Anordnung noch nicht die gesetzliche Sanktion der Kammer gefunden hat.

London, 16. Juli. Wie dem Reuterbureau aus Ofisen gemeldet wird, hat die Expedition unter Mohammed Ali Pascha einen vollständigen Mißerfolg zu verzeichnen. Mohammed Ali war genötigt, mit Said Idris in Unterhandlungen einzutreten. Dieser fordert, daß er selbst zum Emir von Asir ernannt werde. Sieben Bataillone sind von Sanaa nach Ofisan aufgebrochen.

Nach einer dem Reuterbureau vom 11. Juli aus Lohaja zugegangenen Meldung sammeln sich große arabische Streitkräfte in der Nachbarschaft der Stadt an. Die Wasserversorgung von Lohaja befindet sich bereits in ihrer Gewalt. Es wird ein Angriff auf die Stadt befürchtet.

Die Antwort des Hansabundes.

Dieser Tage hat eine Konferenz des Direktoriums des Hansabundes stattgefunden; in der ist einstimmig eine längere Erklärung angenommen worden, die sich mit dem Austritt derRoetger und Gen. aus dem Hansabund befaßt. Es wird darin gesagt, daß die von den Ausgetretenen angegebenen Gründe nicht stichhaltig seien. Insbesondere wird der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Leitung des Hansabundes, entgegen den vereinbarten Richtlinien, eine einseitig links gerichtete Parteipolitik verfolge, es an Klarheit in ihrer Stellung gegenüber der Sozialdemokratie fehlen lasse und den Schutz der nationalen Arbeit gefährde.

Dann heißt es weiter, das Direktorium stellt gegenüber diesen Behauptungen fest:

1. Der Hansabund denkt nicht daran und hat niemals daran gedacht, sich in das Schlepptau einer einzelnen politischen Partei zu begeben; vielmehr finden die Angehörigen aller politischen Parteien in ihm Platz und bei ihm Unterstützung, soweit sie die Gewähr dafür bieten, daß sie auf dem Boden der bei der Begründung des Hansabundes vereinbarten Richtlinien stehen und somit für die Gleichberechtigung des Gewerbes, des Handels und der Industrie im Staats- und Wirtschaftsleben eintreten.

2. Eine irgendwie geartete Unterstützung der Förderung der Sozialdemokratie kann für den Hansabund niemals in Frage kommen, insbesondere auch nicht bei den Wahlen einschließlich der Stichwahlen; der Hansabund beharrt vielmehr bei dem im Präsidialbeschluß vom 24. November 1910 festgestellten und auf dem Hansatage vom 12. Juni 1911 wiederholten Grundsatze, daß er die Sozialdemokratie, da sie sich außerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stellt und den einseitigen Klassenkampf predigt, ebenso zu bekämpfen hat, wie das seitens der in ihm vertretenen bürgerlichen politischen Parteien geschieht.

3. Der Hansabund enthält sich in denjenigen Fragen der Zollpolitik, in denen die Interessen der einzelnen in ihm vertretenen Erwerbszweige auseinander gehen, in Gemäßheit seiner Richtlinien jeder Parteinahme, sucht vielmehr nach Möglichkeit auf eine Ausgleichung der bestehenden Gegensätze hinzuwirken.

Auf der anderen Seite lehnt es das Direktorium ab, sich durch irgendwelche Rücksichten von dem Kampfe gegen die Agrardemagogie abdrängen zu lassen, deren die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie schwer schädigenden Uebergriffe den unmittelbaren Anstoß zur Begründung des Hansabundes gegeben haben. Das Direktorium bekundet seinen festen Willen, durch das bedauerliche Abschwenken einer Anzahl von Mitgliedern sich weder zu schwächlichen Konzessionen nach rechts, noch zu einer Verschiebung seines Schwerpunktes nach links verleiten zu lassen. Das Direktorium ist vielmehr entschlossen, den durch den Hansabund aufgenommenen Kampf für die Gleichberechtigung des erwerbstätigen Bürgertums unter der Leitung seines verdienten Präsidenten unbeirrt auf dem durch die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie vorgezeichneten Wege fortzusetzen.

Familien-Stammbücher und soziale Hygiene.

In der „Halbmonatsschrift für soziale Hygiene und praktische Medizin" veröffentlicht Dr. Erzelliger-Berlin einen Vorschlag, der mehr als für die Originalität des Verfassers einen Beleg bietet für die Verwandtheit in der Organisation der kapitalistischen Wissenschaft. Da ein unlesbares Material für Vererbung und Familienforschungen fehlt, will E. die standesamtlichen Familien-Stammbücher diesen Zwecken nutzbar machen. In Berlin und einzelnen Nachbargemeinden erhält jedes neuvermählte Paar auf Wunsch vom Standesbeamten gegen Entrichtung von 50 Pf. ein Stammbuch, in dem standesamtlichen und kirchlichen Beglaubigung) finden. E. will diese Urkunde erweitert wissen. Die Namen der Beschließenden, ihrer Eltern und deren Geschwister, ihrer Großeltern sind Vor- und Familiennamen, Geburtstag, Geburtsort, Stand, Gewerbe, Sterbeort), sowie die Registrierung des Eheschlusses, der Religion, der kirchlichen Trauung und der Sterbemeldung sollen darin Platz finden. Bei der Sterbemeldung wären insbesondere unmittelbare Todesursache und mittelbar zum Tode führende Krankheit anzugeben. Ferner soll kaum für Registrierung von Krankenhausaufenthalten (ähnlich der Entlassungsscheine von Krankenanstalten) freigestellt werden. In entsprechender Weise wären die Rubriken für die Kinder (Geburt, Taufe, Konfirmation, Heirat, Sterbefall) einzurichten. Ergänzt müßten sie werden durch: 1. Impfvermerk (erste und Widerimpfung), 2. Notiz der eventuellen konsultierten Säuglingsfürsorgestelle, 3. Angabe der Stilldauer, 4. Schularztvermerk, 5. Vermerk der Ferienkolonien und Walderholungsstätte, 6. Abschlußvermerk des Schulbesuchs, 7. Ergebnis der militärärztlichen Untersuchung. Die betreffenden Ärzte hätten ihre Vermerke urkundlich durch Stempel zu vollziehen. Bei Durchführung dieser Vorschläge hofft E. eine ganze Reihe von Fragestellungen erledigen zu können; so die Diskussionen: ob eine Stillfähigkeit zu oder ab? Vererbt sich die Langlebigkeit? Rücken die Lebensalter der verschiedenen einander folgenden Generationen ab? Wie lange dauert das Zeugungsalter? Hat die Kinderzahl gegen früher abgenommen? usw.

Damit diese Stammbücher für die Forschung wirklich fruchtbar werden, dürfte ihre Anschaffung nicht wie bisher freiwillig sein, sondern müßte zwangsweise angeordnet werden. E. bedauert es, daß in Berlin bei 22 000 Ehen, die jährlich geschlossen werden, nur 15 000 Stammbücher abgesetzt werden konnten, wozu „beitragen mag, daß nicht alle Standesbeamten mit gleicher Wärme und gleichem Eifer den Absatz propagieren". (!) Auf Grund eigener Erfahrung will ich hinzufügen, daß bei der Anmeldung und der Eheschließung nach den umständlichen Formalitäten einem vollends die Laune geraubt wird, wenn der Beamte noch um Abnahme eines Stammbuches zu pressen beginnt. Damit aber der Schein vermieden wird, daß man die Eheschließenden zwingt, ein Buch zu kaufen, soll für die Anmeldung eines Aufgebots eine Gebühr von 50 Pf. erhoben werden. Die Trauung selbst sei von der sorgfältigen und ordnungsgemäßen Ausfüllung der Personalfragen (in der Zeit zwischen Aufgebot und Trauung) abhängig zu machen. Die Bücher selbst seien nach dem Tode der Eheschließenden von den Erben an die Behörde auszuliefern. Als Nebenprodukt der ganzen Einrichtung verspricht sich „eine wirksame Anregung des Familiensinns, der dem Proletariat der Großstadt in so erschrecklicher Weise abhanden gekommen ist". Ausgefüllte Stammbücher als Vorbedingung für Trauungen und ihre Einrichtung ein „wirksames" Mittel zur Stärkung des Familiensinns im Proletariat — diese famosen Gedanken empfehlen wir zunächst als dankbare Sujets unseren Witzblättern. Die Frage hat aber auch eine ernste Seite. E. findet für seine Vererbungsforschungen kein Material vor und sucht nun nach Hilfsmitteln. Daß er einige übersieht, die die Statistik bietet, ist dabei auffallend. Die Lebensdauer in verschiedenen Zeiten, das Lebensalter bei den Eheschließungen, die Dauer des Zeugungsalters, die Kinderzahl in verschiedenen Perioden u. a. sind von der Bevölkerungsstatistik zwar nicht für einzelne Familien, aber für Gebiete und Völker bereits festgestellt worden. Charakteristisch ist weiter, daß E. dem Einzelnen Umständlichkeiten und Kosten zumutet, anstatt an die öffentlichen Körperschaften Forderungen zu stellen. Zunächst hätte er darauf hinweisen müssen, daß in unsern Statistischen Aemtern (der einzelnen Staaten, vornehmlich aber der Gemeinden) Schätze in Gestalt von Erhebungsbogen vermodern, ohne daß die Verwaltungen Geld und Zeit zur weiteren Bearbeitung dieses Rohertrags bewilligten. Ja selbst, wenn die Bearbeitung bereits geschehen oder fast mühelos ist, haben die Statistiker als Verwaltungsbeamte sie zu unterdrücken. E. hätte ferner verlangen müssen, daß die statistischen Aemter ihre Tätigkeit speziell auf das soziale Gebiet auszudehnen hätten. Gerade den Gemeinden als Verwalterinnen der Standesämter, als Aufsichtsbehörden der Krankenkassen, als Leiterinnen zahlreicher Fürsorge- und Wohlfahrtsanstalten steht ein großes Material in sozial- und medizinalstatistischer Beziehung zur Verfügung.

Aber auch die wissenschaftliche Arbeit hat ja im Zeitalter des Kapitalismus nur dem Kapital zu dienen. Die öffentlichen Körperschaften als Vertreter der Kapitalisten treiben daher nur so weit soziale Wissenschaft, als sie selbst durch das Proletariat dazu angetrieben werden. Und da E. nach eigenem Urteil nicht so utopisch denkt, mehr zu erwarten, lehnt er auch die Vorschläge Schallmeyers ab, der obligatorische, erbbiographische Personalbogen fordert, die durch ärztliche Staatsbeamte geführt werden, wofür allerdings die Verstaatlichung des Aerztestandes Voraussetzung ist. Aus dem gleichen Grunde unterstützt er auch nicht die Idee des Charlottenburger Stadtrats für Hygiene, Sottstieg, der in medizinischen Blättern für je 40 bis 50 000 Einwohner einen Gemeindebezirksarzt anregte. Der Bezirksarzt (mit 1 bis 2 Assistenten und ev. Volontären) sollte zugleich Armenarzt, Schularzt, Ziehkinderarzt, Impfarzt, Fürsorgestellenarzt, Untersucher für Heilstätten und Ferienkolonien sein.*

So führt die Desorganisation der kapitalistischen Wissenschaft zu willkürlichen Vorschlägen, für die geistige Kraft unnütz verpufft wird, weil natürliche und erfolgreiche Wege durch wirtschaftliche Barrikaden verbaut sind.

* In Charlottenburg sollen in Zukunft mit Unterstützung des Statistischen Amts medizinische Personalkarten für Kinder, die zuerst die Säuglingsfürsorgestellen und dann die Untersuchungsstellen für nicht schulpflichtige Kinder aufsuchen, geführt und in der Schulzeit fortgesetzt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110717/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG